

Fragen Stellung nehmen, die in den Berichten zum Ausdruck gebracht wurden. Es war ja nicht nur ein Bericht über die Vergangenheit, sondern in den Berichten wurden auch gleichzeitig Fragen der Gegenwart behandelt.

Aus diesem Grunde schlagen wir vor, eine Redezeit von 10 Minuten festzusetzen. — Oder werden andere Vorschläge gemacht? — Da das nicht der Fall ist, kann ich annehmen, daß die Genossen einverstanden sind mit der Begrenzung der Redezeit in der Aussprache auf 10 Minuten.

Außerdem halten wir es für notwendig, daß besonders unsere Genossen aus den drei westlichen Besatzungszonen zu Worte kommen, da sie nicht so oft, wie wir hier in der Sowjetzone, die Möglichkeit haben, in solchen gemeinsamen Aussprachen ihre Meinungen zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Als Erster hat das Wort Kurt Müller, Hannover. Dann folgt Hans Schiefer aus dem Ruhrgebiet.

Kurt Müller (Hannover): In der englischen Zone ist die wichtigste Frage die Sicherung unserer Ernährung. Wenn wir diese Frage mit Recht auch als ein wichtiges politisches Problem betrachten, so wird uns oft erklärt, daß dieses Problem nichts mit Politik zu tun habe. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn Frauen und Kinder nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt heute hungern, das eine Folge der Hitlerischen Katastrophenpolitik, und also eine eminent politische Frage ist. Wir sind weiter der Meinung, daß, wenn nach zehn Monaten, in denen der sogenannte „unpolitische“ Verwaltungsapparat in Tätigkeit ist, diese Herren plötzlich von der Ernährungskrise überrascht werden, dies dann ebenfalls eine politische Frage ist.

Ein typisches Beispiel der Unfähigkeit der „unpolitischen“ Bürokratie ist der Regierungspräsident von Lüneburg, Dr. Fehrmann. In seiner Erklärung zur Ernährungsfrage auf einer Landtagssitzung Mitte März 1946 tröstete er sich und seine Zuhörer mit den Worten: „Wir befinden uns alle auf einem großen Schiff, das